

# ASW SW Solidarische Welt

Zeitschrift der ASW · Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.

März 2013

---

**221**



## **INHALT:**

Indien: Neue Frauen, alte Rollen? S. 4

Indien: Wie ein Staudammprojekt Existenzen zerstört S. 5

Brasilien: Interview mit Indigenen-Vertreter Uilton Tuxá S. 7

Studie zur Kooperation von Kleinbauern und Ernährungsindustrie S. 8

## **Projektinfos:**

SENEGAL: Bessere Ernährung durch ökologische Landwirtschaft (UCEM)

INDIEN: Misshandelte Frauen erhalten eine Perspektive (REDS)

BRASILIEN: Frauen im Kampf gegen Gewalt und Umweltzerstörung (MMTA)



Frauen eines Dorfkomitees beim Legal Resource Centre in Andhra Pradesh.  
Foto: Tobias Zollenkopf

## Solidarische Welt

Herausgeberin:  
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.  
ASW, Potsdamer Straße 89 · 10785 Berlin  
Tel.: 030/25 94 08 01 · Fax: 030/25 94 08 11  
E-Mail: mail@aswnet.de  
Internet: www.ASWnet.de  
www.solidarische-welt.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich  
Der Verkaufspreis der Zeitschrift ist für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Jahresabonnement 6 Euro.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin wieder.

Der Umschlag der „SW“ und die Innenseiten sind auf 100 % Recycling-Papier gedruckt.  
Druck: Oktoberdruck AG, Berlin  
Layout: Natalie Friedinger

Die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. (ASW) wurde 1957 gegründet. Sie ist von Parteien, Kirchen und anderen Organisationen unabhängig.  
Die ASW fördert auf Spendenbasis kleine Projekte in Indien, Afrika und Brasilien, die von den Betroffenen selbst initiiert und getragen werden: z.B. Selbsthilfegruppen von Landlosen, Umweltbewegungen und Frauengruppen. Außerdem macht die ASW Bildungsarbeit.

Die ASW ist u.a. Mitglied im Diakonischen Werk Berlin, in der „Bundeskoordination Internationalismus“ (BUKO), bei VENRO, dem Verband Entwicklungspolitik deutscher NROs sowie im BER e.V. (Landesnetzwerk der Berliner entwicklungspolitischen NRO).

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Spendenkonto:  
Bank für Sozialwirtschaft  
Konto: 125 07 00  
BLZ: 100 20 500  
IBAN: DE69 1002 0500 0001 2507 00  
BIC/SWIFT: BFSWDE33BER

Buchführung, Jahresrechnung und Vermögensübersicht der ASW werden von einem Wirtschaftsprüfer regelmäßig überprüft.

Die ASW trägt das Spendensiegel des DZI (Deutsches Zentralinstitut für Soziale Fragen).



**Redaktion: Isabel Armbrust** (Redaktionsleitung),  
**Marek Burmeister, Sonja Finkbeiner, Michael Franke, Lisa Loeper, Anett Pohl, Dettlef Stüber, Silke Tribukait, Tobias Zollenkopf**

Am aktuellen Heft wirkten außerdem mit:  
**Jan Erler, Carolin Kempfer, Sabine Wahdat**

**Bildnachweis: alle ASW, falls nicht anders vermerkt.**

# Rundreise von Aziza Abemba vom ‚Women’s Self-Promotion Movement‘ Simbabwe

Wir haben Aziza Abemba, die Gründerin unserer Partnerorganisation WSPM, vom 26. April bis 09. Mai 2013 nach Deutschland eingeladen. Auf den Stationen ihrer Rundreise wird sie aus erster Hand von ihrer Arbeit und den mutigen Frauen in Simbabwe berichten und für WSPM um Unterstützung werben. Wir suchen noch Gastgeber. Wenn Sie eine Veranstaltung mit Frau Abemba organisieren möchten, melden Sie sich bei unserem Kollegen Marek Burmeister.

oeffentlichkeitsarbeit@aswnet.de  
Tel: 030 / 25 94 08 06



## ASW trauert um indischen Partner Sankaralingam Jagannathan



Sankaralingam Jagannathan und Krishnammal Jagannathan

Vereinhalb Jahre nach der Auszeichnung mit dem alternativen Nobelpreis ist am 12. Februar unser indischer Projektpartner und Mitbegründer der Menschenrechtsorganisation LAFTI verstor-

ben. Zusammen mit seiner Frau Krishnammal Jagannathan hatte er die meisten seiner fast hundert Lebensjahre den entrechteten Dalits (Kastenlosen) gewidmet. Die ASW unterstützte die an gandhianischen Prinzipien orientierte Entwicklungsarbeit des Ehepaares bereits in den frühen 70er Jahren. Mit der von den Jagannathans 1982 aufgebauten Organisation LAFTI, die für landlose Dalits offizielle Landtitel erkämpft, kooperierte die ASW seit 2005. Sankaralingam Jagannathan hinterlässt eine Tochter, einen Sohn und seine langjährige Lebensgefährtin und jetzt alleinige LAFTI-Koordinatorin Krishnammal Jagannathan.

## Weltwasserjahr 2013 und der Tag des Wassers

Seit zehn Jahren nutzen Nichtregierungsorganisationen den von der UNO 1992 begründeten Weltwassertag am 22. März, um das Menschenrecht auf Wasser einzufordern. Denn Millionen von Menschen insbesondere im Süden haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Gleichzeitig wird weltweit die Trinkwasserversorgung privatisiert und damit verteuert, verschwendet und verseuchen landwirtschaftliche Monokulturen das Grundwasser und Staudammprojekte lassen von der lokalen Bevölkerung genutzte Flüsse zu Rinnsalen werden.

Mit dem für 2013 ausgerufenen Weltwasserjahr will die UNO die „Ergebnis-

se“ der Umweltkonferenz Rio+20 weiter tragen, „hin zu wirklich nachhaltigen neuen Zielen für Wasserver- und -entsorgung.“ Damit dies keine Absichtserklärung bleibt, ist auch hier wieder der Einsatz von NGOs gefragt. Der ASW-Partner ARDF in Südindien zum Beispiel unterstützt Menschen gegen das Polavaram-Staudamm-Projekt (Seite 5 in diesem Heft). Und der brasilianische Indigenen-Koordinator Uilton Tuxá (Seite 7) engagiert sich gegen das Belo Monte Wasserkraftprojekt in Amazonien.

# Editorial

Indien erfährt zurzeit viel Aufmerksamkeit. Seit der tödlichen Misshandlung einer Studentin in Delhi Ende Dezember folgt in deutschen Zeitungen ein Beitrag auf den anderen, der den indischen Frauen oder den Massenprotesten in Indiens Städten gewidmet ist. Warum, so die von den JournalistInnen meistgestellte Frage, nehmen diesmal so zahlreiche Menschen an dem Schicksal einer Frau Anteil, das den Schicksalen so vieler Geschlechtsgenossinnen vor ihr gleicht?

Es gebe eine Art Kulturkampf, mutmaßt Bénédicte Manier in der deutschen Ausgabe der *LE MONDE diplomatique* vom Februar 2013. Die emanzipierte Jugend der neuen urbanen Mittelschicht gehe jetzt gegen das alte patriarchalische Indien auf die Straße. Eine andere Sicht präsentiert Katharina Kakar in der *ZEIT* vom 31. Januar. „Die gegenwärtigen Proteste sind nicht aus einem Vakuum entstanden, sondern sie gründen auf jahrzehntelanger, mühsamer

Vorarbeit von Frauenorganisationen, NGOs und liberalen Stimmen, die in den urbanen Zentren Indiens einen Nährboden geschaffen haben.“

Die ASW als eine Organisation, die auf eine langjährige Kooperation mit engagierten Frauengruppen in Indien zurückblickt, teilt die Sicht der vergleichenden Religionswissenschaftlerin, die in Goa eine NGO leitet, kann aber auch der These vom Kulturkampf etwas abgewinnen. Auf Seite 4 finden Sie das Statement unseres Indienreferenten und auf Seite 9 stellen wir die Arbeit der Frauengruppe REDS vor. Außerdem berichten wir über den Stand der Dinge beim umstrittenen Polavaram-Staudammprojekt in Südindien. Und gleich unten auf dieser Seite begrüßt Sie unser neues Vorstandmitglied Franz Nienborg mit seinen eigenen Eindrücken aus Indien.

Die Redaktion



*Gemeinsam auf Reise: Vorstand Franz Nienborg (rechts) mit Indienreferent Detlef Stüber*

## Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer der ASW,

im November war ich in Indien. Ich habe drei Wochen lang unseren Indienreferenten Detlef Stüber auf seiner Projektbeobachtungsreise begleitet. Für mich neu gewählten Vorstand der ASW war das die Gelegenheit, die Arbeit der ASW vor Ort kennenzulernen. Als Indien-Neuling hatte ich viele Einblicke und bereichernde Begegnungen, die mich seitdem beschäftigen.

Ich bin in Dörfern gewesen, in die sich sonst kein Europäer verirrt, habe an vielen Dorfversammlungen und Projektgruppentreffen mit Menschen teilgenommen, denen durch die ASW Hilfe zur Selbsthilfe angeboten wird. Die Menschen, die wir trafen, waren meistens kastenlose Dalits, mit etwa 180 Millionen eine riesige Bevölkerungsgruppe, und Adivasi, die als indigene Gemeinschaften außerhalb des Kastensystems stehen und noch einmal etwa 90 Millionen ausmachen. Mit der extremen Ungleichheit, die die indische Gesellschaft prägt, waren wir permanent konfrontiert. Die Tatsache, dass die enorme ökonomische Prosperität Indiens besonders bei diesen Minderheiten nicht ankommt, war für mich deutlich spürbar.

Die Projekte, die wir besucht haben, wollen diese benachteiligten Menschen in Stand setzen, ihre verfassungsmäßigen Rechte aus eigener Kraft wahrzunehmen. Das Coaching von Dorfgemeinschaften in Jharkhand zum Beispiel soll diese befähigen, über neu gewählte Gemeinderäte ihr Recht auf Schule, Zugang zu sauberem Wasser und den Schutz vor unrechtmäßiger Landnahme einzufordern. Gemeinschaften in Andhra Pradesh werden bei der Bildung von Kooperativen zur effektiven Bewirtschaftung von Brachland angeleitet. Im gleichen Bundesstaat haben mich Frauenselbsthilfegruppen beeindruckt, die durch Aufklärung, Bildung und Schutzmaßnahmen den verbreiteten Problemen von Menschenhandel, Vergewaltigung und häuslicher Gewalt entgegenwirken.

Alle Maßnahmen werden von lokalen NGOs vor Ort entwickelt und durchgeführt. Die Programme werden vom Centre for World Solidarity (CWS) beraten und überwacht. Diese indische Partnerorganisation ist vor 20 Jahren aus dem indischen ASW-Büro entstanden und hat sich inzwischen zu einer selbstständigen Organisation mit

beeindruckender Kompetenz, Präsenz in fünf Bundesstaaten und einer Vielzahl von Kooperationspartnern im Westen entwickelt. Im Laufe der Jahre konnte die ASW mit relativ bescheidenen finanziellen Mitteln einen hohen Wirkungsgrad erzielen. Auch die Anschubfinanzierung einer ganzen Reihe weiterer inzwischen selbstständig arbeitender NGOs in Indien ist ein gutes Beispiel für eine aus meiner Sicht gelungene Hilfe zur Selbsthilfe, die die ASW leistet.

Mein Vorurteil, dass Indien als eine der größten und wachstumsstärksten Wirtschaftsnationen der Welt sich selber helfen kann und muss, habe ich im Laufe unserer Reise relativiert. Die ökonomische Trickle-down-Theorie, wonach das Wohlstandswachstum in einer Volkswirtschaft auf Dauer nach unten durchsickert, scheint in Indien nicht zu funktionieren. Daher glaube ich, dass der Bottom-up-Ansatz, den die ASW mit ihren Projekten verfolgt, angemessen und richtig ist und breite Unterstützung verdient.

Franz Nienborg

# Indiens Frauen – eine bedrohte Minderheit und zugleich stark?

Seit der tödlichen Misshandlung einer 23-jährigen Studentin im Dezember 2012 diskutiert Indien über die Stellung seiner Frauen. Engagierte InderInnen, die nach dem Tod der jungen Frau wochenlang demonstrierten, haben das Thema wieder auf die Tagesordnung gebracht. Wieder. Denn es ist nicht neu. Gegen die extreme Unterdrückung und Verwundbarkeit indischer Frauen hat sich bereits in den frühen 1970er Jahren eine starke Frauenbewegung konstituiert.



Selbstbewusst weil organisiert: Frau eines Dorfkomitees beim ASW-Partner SVASS

In Indien haben es Frauen in höchste politische Ämter geschafft, in der Informatik und Informationstechnologie stellen Frauen fast ein Drittel aller Beschäftigten und es gibt – erkämpft von der Frauenbewegung – Gesetze gegen Diskriminierung von Frauen, Quotenregelungen und ein vorbildliches Gesetz zum Schutz vor häuslicher Gewalt. Dennoch leidet die Mehrheit der indischen Frauen unter einem äußerst frauenfeindlichen Umfeld. Religion, Tradition und soziale Strukturen auch im modernen Indien weisen den meisten Frauen eine Stellung weit unterhalb der männlichen Personen in der Familie und der Gesellschaft zu.

Bis hinauf in die Mittelschicht wünschen sich indische Familien männlichen Nachwuchs. Nach einer pränatalen Geschlechtsbestimmung werden

weibliche Föten häufig abgetrieben. So kommen dem Zensus von 2011 zufolge auf 1000 indische Männer nur noch 940 Frauen. Wenn ein Mädchen dann zur Welt kommt, erhält es oftmals weniger und schlechteres Essen als die Brüder. Wird es krank, wird seltener der Arzt gerufen. Und statt zur Schule zu gehen, muss der weibliche Nachwuchs oft Arbeiten in Haus und Feld übernehmen. So erklärt es sich, dass 2011 82,14 Prozent der indischen Männer lesen und schreiben konnten, bei Frauen der Anteil aber nur bei 65,46 Prozent lag. Während Traditionen wie das Geben von Mitgift an die Familie des Ehemannes, die Wertschätzung einer Frau erst nach der Geburt eines Sohnes oder die Anfeindung alleinstehender oder verwitweter Frauen die Lage vieler Frauen noch heute mitbestimmen, führen gesellschaftliche Veränderungen zu Orientierungslosigkeit. Der moderne städtische Lebensstil geht mit größerer Freizügigkeit und Selbstbewusstsein junger Frauen und Familien einher. Konservative Politiker fordern in diesem Zusammenhang ernsthaft eine frühstmögliche Verheiratung von Mädchen, „um Vergewaltigungen vorzubeugen“.

In dieser Situation kann nur eine Stärkung von Frauen zu Veränderungen und zu gerechteren Verhältnissen führen. Mittlerweile sind zu der traditionellen Frauenbewegung unzählige gut vernetzte zivilgesellschaftliche Gruppen hinzugekommen, die sich gegen diese tradierten Frauenbilder auflehnen und bereits eine Vielzahl von erfolgreichen Kampagnen durchgeführt haben. Diesen Kampf gilt es zu unterstützen.

In diesem Sinn kann es als positiv bewertet werden, dass der aktuelle Fall zu einem so großen Presseecho weltweit geführt hat. Es ist zu hoffen, dass auch der indische Staat und seine PolitikerInnen ein ernsthaftes Interesse entwickeln, die Stellung der Frauen in Indien real zu verbessern.

Detlef Stüber, Indienreferent der ASW

UCAN, India, 13. Oktober 2012:

**Kinderbraut sagt Nein zu Heirat**  
Rekha Kalindi war gerade 12, als ihre Eltern sie verheiraten wollten. Sie weigerte sich und sagte, sie wolle weiterhin zur Schule gehen. Mit Hilfe von Freunden und Lehrern konnte sie durchsetzen, was das Gesetz alleine nicht vermochte: Sie entging der Heirat und konnte weiter die Schule besuchen. Die Zwölfjährige hatte das Beispiel ihrer Schwester vor Augen, die mit elf Jahren verheiratet worden war. Diese hatte alle vier danach geborenen Kinder innerhalb des ersten Lebensjahres verloren und ist Analphabetin geblieben.

The Telegraph, 8. Oktober 2012:

**Ex-Ministerpräsident von Haryana fordert frühe Verheiratung von Mädchen zur Vermeidung von Vergewaltigungen**

Anlass war der Fall von Sharmila, die mit 16 Jahren Opfer einer Gruppenvergewaltigung wurde. Nachbarn und sogar ein Polizist sahen untätig zu. Einige Täter wurden verhaftet, aber der Polizist war unauffindbar. Kurz darauf überschüttete sich das Mädchen mit Kerosin und zündete sich an. Schwerverletzt wurde sie in ein Krankenhaus gebracht, das die Behandlung verweigerte. Nach der Ankunft im nächsten Krankenhaus verstarb sie. Es war der zwölfte Vergewaltigungsfall im Bundesstaat Haryana innerhalb von 4 Wochen.

1980:

**Indien empört sich**

Ein Gerichtsfall, der später als ‚Mathura Rape Case‘ bekannt wurde, hatte 1980 die Aufmerksamkeit der Feministinnen auf das Problem der Vergewaltigung gelenkt. Mathura, eine junge Frau aus Maharashtra, war von zwei Polizisten vergewaltigt worden, die vom obersten Strafgericht für schuldig befunden, aber vom höchsten Gericht Indiens in der Berufung wieder freigesprochen wurden. Die landesweite Protestwelle war so massiv, dass die Regierung sie nicht ignorieren konnte, und als Folge der Kampagne wurde das Strafgesetz in Bezug auf Vergewaltigung überarbeitet und novelliert.

Urvashi Butalia: ‚Die neue indische Frau‘ in: Folio 11/2001

# Das Polavaram-Staudammprojekt in Südindien

## Betroffene berichten von ihrer zerstörten Existenz

Im Bundesstaat Andhra Pradesh entsteht seit neun Jahren der Polavaram- (Indira Sagar-) Damm, dem 323 Dörfer und über 200.000 Menschen weichen sollen. Die ASW unterstützt dort das „Adivasi Development and Rights Forum“ (ADRF), das sich gegen die Vertreibungen und die Zerstörung des Ökosystems wehrt. Seit Baubeginn durchläuft das Projekt einen Stop-and-go-Prozess. Einem gerichtlichen Baustopp folgte 2005 eine Baufreigabe, die aus umweltrechtlichen Gründen 2007 wieder kassiert wurde. So ging es auch in den Folgejahren weiter. Trotz laufender Gerichtsverfahren werden aber die Arbeiten an den wasserleitenden Kanälen weiter voran getrieben.

Die Leidtragenden sind die Menschen in den Dörfern, die im Gebiet des geplanten Stausees liegen. Sie werden nicht nur Häuser und Äcker verlieren, sondern leben in ständiger Unsicherheit. Denn wann sie ihr Hab und Gut packen und in eine ungewisse Zukunft umziehen müssen, ist offen.

Unsere ehemalige Praktikantin Klara Feldes arbeitet zurzeit zum Polavaram-Projekt. Sie war im September 2012 in Südindien und fuhr nach Absprache mit der indischen ASW-Partnerorganisation ‚Centre for World Solidarity‘ direkt in das Staudammgebiet. In Gesprächen mit BewohnerInnen in einer Umsiedlungskolonie gewann sie einen drastischen Eindruck von der Ignoranz des Staates im Umgang mit den Betroffenen.

### Narmada und kein Ende

Der Bau von über 4000 Staudämmen machte in Indien in den vergangenen 50 Jahren rund 40 Millionen Menschen heimatlos. Betroffen waren vor allem benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie Indigene (Adivasi) und Kleinbauern, die über keine politische Stimme verfügen. Seit den 80er Jahren steht der Name Narmada für die Schattenseiten des ambitionierten indischen Wasserkraftprogrammes. Der sich in dieser Zeit formierende Widerstand gegen die Staudämme an dem heiligen zentralindischen Fluss lenkte die Aufmerksamkeit der Welt auf die verheerenden sozialen und ökologischen Folgen von Megastaudämmen. In Deutschland gewann die „Bewegung zur Rettung der Narmada“ (Narmada Bachao Andolan – NBA) viele Unterstützer, unter ihnen die ASW. Aktuell plant und realisiert Indien weitere Staudammprojekte wie den Polavaram-Damm in Andhra Pradesh.



Die im Dorf Paragasani Padhu Gebliebenen – Warten auf eine ungewisse Zukunft

„Als wir die ersten Gespräche mit der Regierung hatten, wurde uns versprochen, dass wir nicht direkt umziehen müssen“, berichtet Puni Murali (Name geändert), ein Mann aus dem Dorf Paragasani Padhu. „Erst wenn der Staudamm fertig ist, sollten wir unser Dorf verlassen.“ Murali lebt aber heute schon mit Menschen aus zwei weiteren vom Stausee betroffenen Dörfern in der „Polavaram New Model Colony“, die 22 Kilometer von ihrem alten Dorf entfernt entstand. Denn als die neuen Betonhäuser fertig waren, drängte die Regierung zum sofortigen Umzug. „Sonst wollte sie die Häuser an ein anderes Dorf vergeben und wir wären, wenn der Damm kommt, ohne Häuser.“ Murali und seine DorfnachbarInnen gaben jedoch nicht klein bei und vereinbarten mit der Regierung, das Umsiedlungsdorf nur pro forma zu beziehen und bis zur Flutung weiterhin in ihren alten Dörfern zu leben. Auch diese Vereinbarung ließ die Regierung platzen. Sobald die Häuser „pro forma“ bezogen waren deklarierte sie die alten Dörfer als „officially shifted“ – offiziell versetzt. Damit schlossen die Behörden auch die Schule und die Gesundheitsstationen. Und auch die „ratio cards“ mit denen die DorfbewohnerInnen ihre Grund-

nahrungsmittel erhielten, waren nun nicht mehr für die alten Orte gültig, sondern nur noch in der neuen Kolonie.

„Jetzt waren wir zu einem Neuanfang in der Kolonie gezwungen“, setzt Murali seinen Bericht fort. Aber die Häuser seien mit zwei winzigen Zimmern zu klein für eine Familie, in der Regenzeit dringe Wasser durch die Dächer und vor allem gäbe es zu wenig fruchtbares Land, das sie bewirtschaften könnten. Auch die Wälder, in denen sie Sammelwirtschaft betreiben und aus denen sie ihr Brennholz holen, sind jetzt lange Fußmärsche entfernt. Und wo sollten sie jetzt ihre Beerdigungsriten durchführen?

Als nach dem ersten Monat in der Kolonie zwei Dorfbewohner starben, erlaubten ihnen die Nachbardörfer nicht, ihre Leichen dort zu verbrennen. So machten sie sich zu Fuß auf den langen Weg zurück in das alte Dorf und führten dort die Rituale durch. Viele sind daraufhin in den alten Dörfern geblieben. „Ihnen erschien das Leben in der Kolonie unerträglich. Wie sollen sie ohne den Wald leben? Wo ausreichend Nahrung anbauen können?“, schildert Kanem Jangamaya die Stimmung einiger DorfnachbarInnen.

Seit nunmehr sechs Jahren leben die Menschen der Gemeinschaft auseinandergerissen. Ein Teil, rund 110 Familien, wohnt noch in den drei alten Dörfern, 50 Familien in der Kolonie. Dorfentscheidungen werden jedoch immer noch kollektiv getroffen. „Die alten und die neuen Dörfer stehen noch eng im Kontakt miteinander“, berichtet Somumea, eine andere

die Genehmigung für die Staumauer noch immer fehlt, ist der Bau von zwei je 150 km langen Kanälen bereits zu 90 Prozent beendet.

Durch die Blockade der Frauen, zu der sich später auch die Männer des Dorfes dazugesellten, konnten die Kanalarbeiten für zehn Tage aufgehalten werden. Das war ein Teilerfolg, denn sie erhielten dadurch eine deut-

Schwierigkeiten und 50 Prozent sind in Städten gelandet, wo sie versuchen mit Gelegenheitsjobs und Betteln zu überleben. So wie die bisherigen Umsiedlungsversuche der Regierung für den Polavaram-Damm angelegt sind, werden die Betroffenen auch in diesem Fall nicht auf eine gute Zukunft hoffen können.

### **Zusätzliche Behinderungen durch die Regierung**

Dass die Regierung seit 2010 die Arbeit von international unterstützten Organisationen erschwert, macht den Widerstand vor Ort noch mühsamer. Auf der Grundlage des „Foreign Contribution Regulation Act (FCRA)“ kann sie Organisationen, denen sie unterstellt, gegen Staatsinteressen zu handeln, Förderungen aus dem Ausland verbieten. Dies schüchtert manche NGO ein und erschwert breite Vernetzungen vor Ort. Die Regierung überwacht und fragt immer wieder nach, welche Aktivitäten durchgeführt werden. Somit arbeiten die Organisationen innerhalb enger Grenzen. Sie klären auf und unterstützen die Menschen bei der Eintragung von Landtiteln, an die mögliche Kompensationen gebunden sind. Außerdem fordern sie höhere Kompensationen ein.

Auch die ASW-Partnerorganisationen CWS und ADRF orientieren heute ihre Arbeit darauf, die Menschen optimal auf eine mögliche Umsiedlung vorzubereiten. „Wenn wir den Staudamm nicht stoppen können, dann möchten wir zumindest die bestmögliche Ausgangssituation für die Menschen dort erreichen“, erklärt CWS-Mitarbeiter L.V. Prasad.

Aber ein Funken Hoffnung auf die Verhinderung des Polavaram-Staudammes ist bei den Betroffenen vor Ort noch da. Sollten die aktuellen Bemühungen um einen vom Bundesstaat Andhra Pradesh losgelösten separaten Telangana-Staat fruchten, könnte das Projekt ad acta gelegt werden.

Klara Feldes



*Die neuen Heime der Umgesiedelten: Klein und undicht*

Dorfbewohnerin. „Wir sind wütend, weil uns die Regierung so viele Dinge versprochen und nichts davon getan hat. Wir können jetzt nicht mehr zurück in die alten Dörfer. Denn unsere Häuser sind nur noch Ruinen.“

### **Widerstand zahlt sich aus**

Auch wurde ihnen damals viel weniger Kompensation bezahlt, als den Dörfern, die erst heute den Umsiedlungsplänen zustimmen und das Geld der Regierung akzeptieren. Dass die Zahlungen heute deutlich höher sind, ist ein Erfolg der ausdauernden Arbeit lokaler Gruppen wie ADRF. Auch das Beispiel eines anderen Dorfes, das vom Kanalbau für den Polavaram Damm betroffen ist, zeigt, dass Widerstand sich lohnt. Dort berichteten Frauen, wie sie ihr seit Generationen bewirtschaftetes Land besetzten, als die Bagger anrückten. „Wir bewegen uns hier nicht weg, bis wir eine angemessene Entschädigung für unser Land bekommen. Ihr müsst uns erst töten, bevor ihr hier weitergraben könnt“, sagten sie zu den Arbeitern. Die wollten Erde für einen Kanal ausheben, der Wasser in entfernt gelegene Regionen leiten soll. Obwohl

lich höhere Kompensationszahlung für ihr Land. Statt der zuvor angebotenen 35.000 Rupien pro Acre (0,4 ha) bekamen sie schließlich 130.000 Rupien.

### **Zu wenig Unterstützung für benachteiligte Adivasi**

Insgesamt geschieht in Indien zu wenig, um den Damm doch noch zu verhindern. Die Öffentlichkeit scheint sich nur wenig für die vor Ort betroffenen Menschen zu interessieren. Ein Drittel von ihnen sind Indigene, Adivasi. Sie stellen in Indien nur rund sieben Prozent der Bevölkerung, sind aber indienweit überproportional von Umsiedlungen durch industrielle Großprojekte betroffen.

Welch katastrophale Auswirkungen solche Umsiedlungen haben, zeigen verschiedene Studien. Eine Erhebung aus Orissa verfolgte das Schicksal der durch ein industrielles Großprojekt Vertriebenen. Sie fand heraus, dass nur 20 Prozent der damals „umgesiedelten“ Menschen sich wieder angesiedelt haben und ein normales und ökonomisch sicheres Leben führen können. 30 Prozent hingegen haben mit der neuen Umgebung große

# „Unsere Rechte sind in der Verfassung verankert und werden nicht respektiert“

Interview mit dem brasilianischen Indigenenvertreter Uilton Tuxá

*Mit welchen Problemen sehen sich Indigene in Brasilien konfrontiert?*

Nach dem Zensus der Regierung von 2012 leben in Brasilien 817.963 Indigene, davon fast 40 Prozent in extremer Armut. Das größte Problem vieler Indigener ist der unzureichende Zugang zu Land und die fehlende rechtliche Absicherung ihrer Territorien. Das Recht der indigenen Völker auf ihr traditionelles Territorium ist in der brasilianischen Verfassung verankert. Doch von der brasilianischen Regierung wird dieses Recht nicht respektiert. Die Abgrenzung der indigenen Territorien durch die staatliche Indigenenbehörde ist ein schleppender Prozess. Viele indigene Völker warten seit Jahrzehnten vergeblich auf die Abgrenzung ihres Landes.

*Was passiert auf rechtlicher Ebene bezüglich der Absicherung der indigenen Territorien?*

Gegenwärtig liegt dem brasilianischen Nationalkongress ein Gesetzesentwurf zur Änderung des Artikels 231 der brasilianischen Verfassung vor, welcher den indigenen Völkern Brasiliens das Recht auf ihr traditionelles Territorium garantiert. Sollte diesem Gesetz zugestimmt werden, wäre das ein gravierender Rückschritt im Kampf um unsere Landrechte. Die Missachtung unserer Landrechte soll indigene Territorien für wirtschaftliche Großprojekte wie Staudämme, Straßen und Eisenbahnlinien öffnen. So sieht der staatliche Plan zur Beschleunigung des Wachstums (PAC) über 500 solcher Großprojekte vor, die Auswirkungen auf indigene Territorien haben. Des Weiteren beabsichtigt die Regierung, das Mitbestimmungsrecht der Indigenen bei Projekten, die Auswirkungen auf sie haben, abzuschaffen. Dies würde konkret bedeuten, dass Vorhaben wie Monokulturen, Bergbau und Militärbasen auf indigenem Territorium ohne die vorherige Zustimmung der dort lebenden indigenen Bevölkerung und der Indigenenbehörde FUNAI um-

gesetzt werden können. Das bereitet uns große Sorgen.

*Inwiefern unterscheidet sich hier die Politik der Regierung der Arbeiterpartei PT unter Präsidentin Dilma Rousseff von der ihres Vorgängers Lula da Silva?*

Präsident Lula stand im Dialog mit den sozialen Bewegungen, darunter auch die Indigenenbewegung. Im Kampf um unsere Landrechte sind wir jedoch auch unter der Lula-Regierung wenig voran gekommen. Dennoch wurden Fortschritte in vielen Bereichen gemacht. Zum Beispiel wurde eine nationale Kommission zur Diskussion indigener Politik gegründet, die sich aus Indigenen sowie aus Repräsentanten verschiedener Ministerien der brasilianischen Regierung zusammensetzte. Im Kulturministerium wurde ein Amt für kulturelle Identität und Diversität eingerichtet. Unter der Präsidentschaft Rousseff wurden Einrichtungen für die Belange der indigenen Bevölkerung wieder abgeschafft. Die gegenwärtige Politik propagiert eine Entwicklung zugunsten wirtschaftlicher Großprojekte, bei der indigene Rechte missachtet und die Umwelt zerstört werden.

Uilton Tuxá, Vertreter von APIB – Dachverband der Indigenen Völker Brasiliens und Koordinator des ASW-Partner APOINME – Netzwerk der indigenen Völker des Nordostens – war im November 2012 in Berlin, um über Verletzungen der Rechte Indigener in Brasilien zu informieren und um Unterstützung zu gewinnen. Am 13. November 2012 hat er eine offizielle Menschenrechtsbeschwerde beim Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen in Genf eingereicht.

tität und Diversität eingerichtet. Unter der Präsidentschaft Rousseff wurden Einrichtungen für die Belange der indigenen Bevölkerung wieder abgeschafft. Die gegenwärtige Politik propagiert eine Entwicklung zugunsten wirtschaftlicher Großprojekte, bei der indigene Rechte missachtet und die Umwelt zerstört werden.

*Was ist APIB und wie kämpft der Verband für die Rechte Indigener?*



Uilton Tuxá bei einer Aktion für Landrechte der indigenen Guaraní im November in Berlin

APIB ist der Dachverband der sechs wichtigsten Verbände regionaler indigener Organisationen auf nationaler Ebene. APIB hat seinen Sitz in der Hauptstadt Brasilia und vertritt dort die Interessen der indigenen Völker. APIB überwacht die Einhaltung der Rechte der indigenen Völker, vor allem des Rechts auf traditionelles Land und außerdem die staatliche Politik z.B. in den Bereichen Gesundheit und Bildung. APIB unterstützt die lokalen Basisverbände und steht im Dialog mit staatlichen Behörden und Nichtregierungsorganisationen. APIB mobilisiert Gruppen, um gemeinsam Lobbyarbeit gegenüber der Regierung in Brasilia zu leisten. Einmal im Jahr organisiert APIB das Camp „Terra Livre“ (Freies Land) vor dem Nationalkongress in der Hauptstadt Brasilia – ein großes Zeltlager, zu dem tausende Indigene aus ganz Brasilien zusammenkommen und gemeinsame Forderungen formulieren. 2012 fand das „Terra Livre“-Camp während des Rio+20-Gipfels in Rio de Janeiro statt, wo wir unseren Forderungen Ausdruck verleihen konnten.

Das Interview führte Jan Erler am 14.11.2012 in Berlin

# Die EZ will vermehrte Einbindung von Kleinbauern in Wertschöpfungsketten

## Studie warnt vor den Risiken der Abhängigkeit

Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) setzt beim Kampf gegen Hunger immer stärker auf die Privatwirtschaft. 2012 haben Unternehmen vor allem der Agrar- und Ernährungsindustrie in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine Initiative gegründet, die sich im Januar 2013 in German Food Partnership (GFP) umbenannte. Gründungsmitglieder sind etwa BASF, Bayer CropScience AG, Syngenta Agro GmbH, die führend bei der Herstellung von Agrochemikalien und Saatgut sind.



Am sichersten ist die Zukunft unabhängiger BäuerInnen, die sich zusammentun: Mitglieder des senegalesischen Saatgutnetzwerkes ASPSP

Am 29.01.2013 setzten sich Vertreter dieser und weiterer 30 Unternehmen in Berlin mit Entwicklungsminister Dirk Niebel und Microsoft-Gründer Bill Gates zusammen und berieten über gemeinsame Projekte zur Ernährungssicherung. Heraus kam ein Paket, an dem sich die Bill & Melinda Gates Stiftung und das BMZ mit je 20 Millionen Euro und die Industrie mit 40 Millionen beteiligen wollen.

### Nichtregierungsorganisationen befürchten Nachteile für Kleinbauern

Dass von der Privatwirtschaft die richtigen Impulse zur Stärkung insbesondere der Kleinbauern kommen, bezweifeln die ASW und andere Nichtregierungsorganisationen. „Wir erleben immer wieder, wie Saatgutkonzerne und Supermarktketten in Entwicklungs- und Schwellenländern die Ressourcenkontrolle von Bauern ge-

fährden und Kleinhändler verdrängen“, warnt zum Beispiel Jürgen Maier vom Forum Umwelt und Entwicklung. Zusammen mit MISEREOR hatte er zum Start der Grünen Woche in Berlin eine Studie\* zur Integration von Kleinbauern in die Wertschöpfungsketten der Agrar- und Ernährungsindustrie vorgestellt.

Autor Benjamin Luig von MISEREOR konfrontiert dort die Argumente der Industrie mit Fakten aus lokalen Erhebungen. So kann er ein differenziertes Bild der Risiken und Chancen zeichnen, die sich für Kleinbauern aus der Kooperation mit der Privatindustrie ergeben. Kleinbauern würden, so die Argumentation der Industrie, durch Abnahmegarantien durch Supermärkte und Nahrungsverarbeiter ihre Vermarktungsprobleme lösen. Sie schließen mit diesen Unternehmen Verträge, in denen sie sich zum Anbau und zur Lieferung eines standardisierten Agrarproduktes verpflichten.

### Nur eine geringe Zahl von Bauern profitiert

Tatsächlich, so die Studie, könnten sich Bauern auf diesem Weg neue Märkte erschließen. Aufgrund der Marktmacht der Konzerne werde jedoch nur ein Bruchteil des Konsumentenpreises weitergereicht. Außerdem könnten nur die wenigsten BäuerIn-

nen die vorgeschriebenen Anforderungen bei Hygiene und Agrarinputs erfüllen und seien zu detaillierter Geschäftsplanung und kurzfristiger „just-in-time-Lieferung“ in der Lage. Für die überwiegende Zahl von Kleinbauern stellten die definierten Standards daher faktisch Marktausschlussmechanismen dar.

Auch die Ernährungssicherheit der Kleinbauern gerate in Gefahr, wenn diese zugunsten des Vertragsanbaus einer Feldfrucht auf ihren gewohnten Mischanbau verzichteten. Wenn sich zudem der Vertragsanbau in ganzen Regionen ausbreite, könnten Nahrungsmittelpreise auf lokalen Märkten in die Höhe schnellen. Das zeige eine Untersuchung aus Kenia. Als Fazit regt der Autor an, die inklusiven Geschäftsmodelle im Agrarbereich in ihrer Reichweite realistisch einzuschätzen. Nur geschätzte 2 bis 10 Prozent der Bauern könnten von der Integration in „high value chains“ profitieren, für Afrika gehe eine Schätzung von deutlich unter 5 Prozent aus.

Isabel Armbrust

\* ‚Business Case‘ Hungerbekämpfung. Der fragwürdige Beitrag von Agribusiness und Nahrungsmittelindustrie zur Ernährungssicherheit. Herausgeber: Forum Umwelt und Entwicklung. Autor: Benjamin Luig. Januar 2013

### Ernährungssouveränität versus ‚Entwicklungspartnerschaften‘ im Saatgutbereich

Auch wo Agrarkonzerne in noch unerschlossene Märkte für Dünger, Pestizide und Saatgut vordringen wie in Afrika – zum Beispiel als Partner der von der Bill & Melinda Gates Stiftung gegründeten Allianz für eine Grüne Revolution, AGRA – werden Bauern in riskante Abhängigkeiten gebracht. Schon 2010 warnte unser senegalesischer Partner Lamine Biaye, die Allianz wolle etwa mit dem Verkauf neuer Saatgutsorten die Souveränität von Afrikas Kleinbauern beschneiden und gefährde damit auch deren Ernährungssicherheit. Biaye ist Koordinator des senegalesischen Saatgutnetzwerkes ASPSP. Die diesem angeschlossenen Bauern verfolgen einen entgegengesetzten Ansatz: Sie verwenden das Saatgut lokaler und robuster Pflanzensorten, züchten diese in Eigenregie weiter, tauschen ihr in der Praxis gewonnenes Wissen aus und stärken so ihre Unabhängigkeit von den Saatgutfirmen.



# Die Täter sind Ehemänner, Schwiegereltern oder Nachbarn

## REDS bietet misshandelten Frauen eine Perspektive

**A**lle wichtigen Behördenvertreter, Polizeibeamte und Richter sind eingeladen. Auch Rechtsanwälte und Medien sind anwesend. In einer öffentlichen Anhörung unter einem großen Zeltdach schildern Frauen und Mädchen ihre Gewalterfahrungen. Ohne Beschönigungen benennen sie Ehemänner, Schwiegereltern oder andere Menschen als Täter. Die starken Lautsprecher machen ihre Leidenswege unüberhörbar.

„Mein Mann schickte mich mit einem Vermittler nach Delhi“, sagt Lakshmi ins Mikrofon. „Ich sollte nach Saudiarabien gehen, um für die Ausbildung unserer Tochter Geld zu verdienen. Aber der Vermittler ließ mich in Delhi hängen. Ich habe es geschafft, zurückzukommen. Mein Mann prügelt weiter. Er trinkt viel. Vor einer Woche lag ich bewegungsunfähig auf dem Boden.“

Genauso mutig wie Lakshmi berichtet die 17-jährige Rama Devi den Anwesenden von ihrer frühen Verheiratung. „Ich war erst 15 damals. Direkt nach der Hochzeit fing meine Schwiegermutter an, mich zu schlagen.“ Rama Devi wurde mit neuen Mitgiftforderungen zurück zu den Eltern geschickt und geriet in die Fänge von Menschenhändlern. „Zwei Frauen nahmen mich mit ins Kino und machten mich bewusstlos. In Mumbai wurde ich zur Prostitution gezwungen. Ich konnte fliehen und lebe jetzt wieder bei meinem Mann.“

Der war, als Rama Devi zurückkam, illegal mit einer zweiten Frau verheiratet. Aber REDS brachte das zur Anzeige, und danach löste er die Ehe mit der zweiten Frau.

Dass die Frauen es wagen, hier an die Öffentlichkeit zu treten und von erlittener Gewalt, seelischer Misshandlung, Kindesentzug, Säureanschlägen oder Mitgiftforderungen zu berichten, ist der Arbeit der Frauenorganisation REDS zu verdanken. Sie hat die Opfer nach dem Erst-

kontakt begleitet, sie über ihre Rechte informiert und sie zum Austausch mit anderen Opfern zusammengebracht. Dadurch haben sie mehr Selbstbewusstsein erlangt.

REDS wird von der unverheirateten Banuja koordiniert, die auf eigene Gewalterfahrungen zurückblickt. Seit mehr als 15 Jahren setzt sich die Gruppe für Frauen ein und wird dabei von der ASW unterstützt. Mit den öffentlichen Anhörungen zwingt REDS die Behörden und Gerichte, sich der Fälle anzunehmen. Besonders aber dienen die Veranstaltungen dazu, die Öffentlichkeit über die Untaten an Frauen und über bestehende Gesetze zu unterrichten. So gelingt es REDS, ein gerechteres Umfeld für Frauen zu schaffen. Inzwischen ist die Gruppe eine anerkannte Größe in der Region. Sie hat für ihre erfolgreiche Arbeit schon etliche Auszeichnungen erhalten.

### Viele Wege zur Unterstützung der Frauen

Die Anhörungen sind nur die sichtbarste der vielen Aktivitäten von REDS. Die Gruppe bietet Unterstützung und Beratung für hilfesuchende Frauen und ist in vielen Stadtteilen und Dörfern aktiv. Dort motiviert REDS die Frauen, sich mit anderen zusammenzuschließen. Denn gemeinsam können sie nicht nur besser für ihre Rechte eintreten, sondern auch ökonomisch mehr erreichen. Beedherstellerinnen schaffen es jetzt, Zwischenhändler auszuschalten und den Verkauf der kleinen Zigaretten selbst zu organisieren. REDS berät und unterstützt sie dabei. Denn die REDS-MitarbeiterInnen sind sich sicher, dass Einkommensverbesserungen Frauen und Mädchen armer Bevölkerungsgruppen besser vor Menschenhandel und unsicherer Migration schützen.

Banuja und ihre Kolleginnen haben bereits mehrfach verschleppte Frauen aus Delhi oder Pune befreit. REDS ist

vom Staat als offizielles Beratungszentrum anerkannt, ohne allerdings öffentliche Gelder zu erhalten. Auf die Behörden oder Polizei greift REDS nur im Notfall zurück. Meist versuchen die REDS-MitarbeiterInnen die Fälle mit Hilfe von Frauengruppen, Dorfräten oder einfluss-



*Mutige Frau: Lakshmi berichtet öffentlich von ihren Misshandlungen*

**REDS bietet Gewaltopfern Zuflucht, begleitet sie psychologisch, klärt sie über ihre Rechte auf und schlichtet in konkreten Streitfällen. Über Anhörungen macht REDS die Gewalt gegen Frauen öffentlich und zwingt den Staat zu handeln.**

sreichen „Ältesten“ im Umfeld der Familien zu lösen. Dieses Verfahren ist deutlich effektiver als darauf zu warten, dass die Behörden tätig werden. Nicht nur kann das Jahre dauern. Durch Bestechungsgelder können solche Verfahren, die zudem viel Geld verschlingen, auch völlig ergebnislos bleiben. Inzwischen schicken sogar Polizisten und Richter Problemfälle an REDS, damit MitarbeiterInnen schlichten und Lösungen finden.

Bitte unterstützen Sie diese wertvolle Arbeit mit Ihrer Spende:

**Kennwort: Indien Frauenfonds  
Kennnummer: 9090**



Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. [www.aswnet.de](http://www.aswnet.de)

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 20 500 Kto.: 125 07 00 IBAN DE69 1002 0500 0001 2507 00 BIC/SWIFT: BFSWDE33BER



UCEM, Senegal:

## Sichere und bessere Ernährung durch ökologische Landwirtschaft

Zahlreiche Augenpaare blicken in die drei Kessel, in denen unterschiedliche Gerichte köcheln. Eine Gruppe von sechs Frauen demonstriert die Zubereitung, erklärt die Kochzeit und mit wie viel Wasser und Salz der beste Geschmack erzielt werden kann. Auch ein lokaler Rundfunksender ist dabei und berichtet über die Arbeit der UCEM-Beraterinnen. In mehreren Orten zeigen sie, wie auf Basis der lokal produzierten Hirse, Mais und Augenbohnen ein schmackhaftes Couscous-Gericht zubereitet werden kann. Ziel ist, die lokale Produktion, die Ernährungsvielfalt und Ernährungssicherheit zu stärken. Noch immer wird mittags am liebsten der aus Asien importierte Bruchreis gegessen. Wenn die Familien künftig statt Reis mehr Hirse, Mais oder Bohnen kochen, erhält der eigene Nahrungsmit-

telanbau einen Aufschwung und traditionelles Getreide einen neuen Wert. Außerdem wird gespart, denn Reis ist fast doppelt so teuer wie Hirse.

### Gemüseärten

Die Regenzeit ist vorbei, Hirse- und Erdnussfelder sind abgeerntet. Jetzt sieht man überall in den Dörfern mit Strohmatten eingezäunte Gemüseärten, in denen Salat, Paprika, Zwiebeln und Okra in sattem Grün leuchten. Auch durch den Gemüseanbau werden Menge, Qualität und Vielfalt der Nahrung erhöht. Und die Position der Frauen wird gestärkt, wenn sie mit dem Verkauf von Gemüse ein eigenes Einkommen erzielen.

Die Anlage von Gemüseärten erfordert jedoch auch harte Arbeit und Ausdauer. Einheimisches Saatgut steht noch nicht in ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung. Es fehlen Kenntnisse in Agrartechniken wie dem Mulchen oder dem Ausgleichen von Gefälle, um den Boden vor Austrocknung zu schützen. Hier setzen agrarökologische Schulungen durch UCEM an. Wassermanagement und Techniken zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit werden genauso vermittelt wie das Pflanzen in Mischkulturen. Welche Sorten passen zusammen und ergänzen sich in ihrer Eigenschaft? In welchem zeitlichen Abstand können sie angebaut werden? Ausgestattet mit diesem Know-how erlangen die Bäuerinnen mehr Sicherheit, erzielen höhere Erträge und werden ökonomisch unabhängiger.

### Pilotbauern

UCEM, der Verband von Bauerngruppen in der Umgebung von Koungeul, hat in den zehn Jahren seines Bestehens mehrere Strategien entwickelt, um die Ernährungssicherheit, aber auch eine ausgewogenere Ernährung der Dorfbewohner zu sichern. Derzeit werden 39 ausgewählte Bauern zu Vorzeigebauern der ökologischen Landwirtschaft ausgebildet. Diese ‚Pilotbauern‘ treffen mit UCEM

eine schriftliche Vereinbarung und verpflichten sich, von Jahr zu Jahr weniger Chemikalien auszubringen bzw. diese durch Kompost zu ersetzen. Vereinbart ist zudem die Anpflanzung von mindestens 16 Bäumen pro Hektar, um der Versandung des Bodens vorzubeugen. So konnten die Pilotbauern in wenigen Jahren bereits die Erträge erhöhen und die Bodenfruchtbarkeit verbessern.

### Vermeidung von Nahrungsengpässen

Höhere Erträge sind notwendig um die „soudure“ zu überstehen. Damit wird die Periode des Nahrungsengpasses zwischen Aufbrauchen der alten und dem Einbringen der neuen Ernte bezeichnet. UCEM misst den eigenen Erfolg daran, inwieweit es gelingt, diese Periode zu verkürzen. Mit ASW-Unterstützung kauft die Gruppe regelmäßig einen Teil der Hirse- und Erdnussernte der Bauern auf und lagert diese ein. Wenn die Hungerzeit beginnt, erhalten bedürftige Familien Nahrung aus den Getreidespeichern als „Kredit“. Die Bauern können sich nun zu Beginn der Regenzeit der Bestellung ihrer eigenen Felder widmen und müssen sich nicht in nahegelegenen Orten als Tagelöhner verdingen um zu überleben.

Sowohl die Gemüseärtnerinnen als auch die Pilotbauern konnten in der zurückliegenden Zeit ihre Situation verbessern. Die Pilotbauern steigerten durch die vermehrte Nutzung von Kompost ihre Erträge und konnten die „soudure“ auf zwei Monate verkürzen. Auch die Frauen, die Gemüse kultivieren, verbessern die Ernährungssituation ihrer Familien.

Unterstützen Sie bitte UCEM dabei, eine nachhaltige Landwirtschaft zu etablieren und so zu mehr Nahrungssicherheit beizutragen.

**Kennwort: Umweltfonds Afrika**  
**Kennnummer: 8003**



*UCEM-Beraterinnen bereiten mit neuen Zutaten ein gesundes Mahl.*

**UCEM fördert in 27 Dörfern im zentralen Senegal die ökologische Dorfentwicklung. UCEM begleitet BäuerInnen bei Bodenverbesserung, Wasserschutz und ökologischem Landbau und verbessert so auch die Ernährungslage in den Dörfern.**

**Mit einem Pilotbauernprogramm und der Anregung zu einer vielfältigeren Ernährung ergänzt die Bauerngruppe bisherige Programme zur Nahrungssicherheit.**



Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. [www.aswnet.de](http://www.aswnet.de)

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 20 500 Kto.: 125 07 00 IBAN DE69 1002 0500 0001 2507 00 BIC/SWIFT: BFSWDE33BER

MMTA, Brasilien:

## Frauen im Kampf gegen Gewalt und Umweltzerstörung

In der Nacht des 2. Augusts 2012 wurde Luísa, 22 Jahre, von ihrem Ehemann getötet. Er ist seitdem flüchtig. Häusliche Gewalt und sexuelle Ausbeutung sind das Schicksal vieler Frauen in Altamira. Auch Mord, wie im Fall von Luísa, ist keine Seltenheit. „Wir leben in einer patriarchalen Gesellschaft, in der Gewalt gegen Frauen zum Alltag gehört. Anzeigen von häuslicher Gewalt und sexueller Nötigung häufen sich. Doch die Behörden tun nichts.“ So beschreibt Mariene Gomes, Koordinatorin der Frauenbewegung Altamira MMTA (*Movimento das Mulheres Trabalhadoras de Altamira*), der ASW die Situation vor Ort.

Die Region Altamira im brasilianischen Bundesstaat Pará ist geprägt von extremer Armut, Regenwaldzerstörung, gewalttätigen Konflikten um Land und der Vertreibung von Kleinbauern, Flussanwohnern und Indigenen durch Großgrundbesitzer. Illegale und gewaltsame Landaneignungen werden durch korrupte Beamte und Politiker begünstigt. Seit Beginn der Bauarbeiten an Belo Monte 2011 haben sich die sozialen Probleme in Altamira verschärft. Dort, wo Tausende für den Staudamm vertrieben werden sollen, herrscht Chaos. Krankenhäuser und Erste-Hilfe-Stationen sind hoffnungslos überfüllt. Das gleiche gilt für die Schulen. Zugang zu sauberem Wasser haben nur wenige und Abwässer fließen ungeklärt in den Fluss. Durch den massiven Zustrom von Arbeitern, die auf den Baustellen des Wasserkraftwerks Anstellung suchen, ist die Einwohnerzahl von Altamira innerhalb eines Jahres um fast ein Drittel gewachsen – von 100.000 auf 145.000. Auf einen derartigen Bevölkerungszuwachs ist die Stadt nicht vorbereitet. Drogenhandel, Prostitution und Gewalt haben alarmierend zugenommen.

Als Reaktion auf eine grausame Mordserie an Kindern und Frauen in der Region Altamira gründete sich vor 20 Jahren die Frauenbewegung MMTA. Sie klärt seither misshandelte Frauen über ihre Rechte auf, stellt Notunterkünfte bereit und unterstützt und begleitet sie bei der Anzeige und vor Gericht. In Brasilien ist der Schutz von Frauen gesetzlich verankert. Das 2006 erlassene Gesetz „Maria da Penha“ soll Frauen insbesondere vor häuslicher Gewalt schützen. Es sieht eine Höchststrafe für Täter von drei Jahren Haft vor, statt vormals nur einem. Gleichzeitig beinhaltet es besondere Sicherheitsmaßnahmen, wie die Entfernung des Täters aus dem Haushalt und ein Verbot, sich der misshandelten Frau und den Kindern zu nähern. Doch Polizei und Justiz schließen weiterhin die Augen, wenn es um häusliche Gewalt geht. „Die polizeilichen Anlaufstellen für Frauen werden ihrem Anspruch nicht gerecht. Selbst staatliche Frauenhäuser funktionieren nicht. Bei Anzeigen von Gewalt gegen Frauen werden die Ermittlungen verschleppt, oft wird den Opfern jeglicher Schutz verwehrt und die Täter bleiben straffrei“, klagt die MMTA-Koordinatorin Gomes.

Die Frauenbewegung MMTA ist ein Zusammenschluss von engagierten Frauen aus allen sozialen Schichten. Durch ihr unermüdliches Engagement trauen sich mittlerweile immer mehr misshandelte Frauen, die Verbrechen anzuzeigen. Neben der Aufklärung und Mobilisierung von Frauen macht MMTA Druck auf Politiker. „Öffentlich die Missstände thematisieren, dagegen ankämpfen und zeigen, dass wir die Dinge nicht einfach so hinnehmen“, so ihre Maxime. Die Bewegung engagiert sich auch für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Flussanwohnerinnen in abgelegenen Gegenden und geht an Schulen, um Mädchen so früh wie möglich zu sensibilisieren und zu stärken. „Das ist eine Möglichkeit, den Menschen einen

kritischen Blick auf die Gesellschaft und die Umwelt zu vermitteln. So können wir die aktuelle Situation verändern“, versichert Gomes. Kürzlich haben die Aktivistinnen Anzeige gegen Holzhändler erstattet, die an sexueller Ausbeutung von Minderjährigen verdienten.



Engagierte Mitstreiterinnen der Frauenbewegung MMTA

**MMTA vereint die Frauen der Stadt Altamira und der ländlichen Umgebung im nordbrasilianischen Bundesstaat Pará. Die Frauenbewegung kämpft gegen Gewalt und Strafflosigkeit, informiert Frauen über ihre Rechte, hilft, diese einzufordern und macht durch Protestaktionen – auch gegen das Großprojekt Belo Monte – auf die Missstände aufmerksam.**

Gemeinsam mit dem Movimento Xingu beteiligt sich MMTA auch an den Protesten gegen das Staudammprojekt Belo Monte.

Die Frauenbewegung Altamira wird nicht aufhören, für eine gerechtere Welt zu kämpfen, in der Menschenrechte gelten und die Umwelt respektiert wird. Unterstützen Sie MMTA dabei mit Ihrer Spende.

**Kennwort: Frauenfonds Brasilien  
Kennnummer: 6002**



Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. [www.aswnet.de](http://www.aswnet.de)

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 20 500 Kto.: 125 07 00 IBAN DE69 1002 0500 0001 2507 00 BIC/SWIFT: BFSWDE33BER

## Einladung zum regionalen SpenderInnentreffen der ASW in Hamburg

In diesem Jahr veranstalten wir während des Kirchentages in Hamburg wieder ein ASW-SpenderInnentreffen. Neben unseren UnterstützerInnen aus der Hamburger Region sind auch alle herzlich eingeladen, die zum Kirchentag nach Hamburg anreisen.

Wir freuen uns, dass mit Frau Aziza Abemba eine Projektpartnerin aus Simbabwe anwesend ist.

Sie erhalten so die Gelegenheit, direkt Fragen zur Projektarbeit und zur schwierigen politischen Situation in Simbabwe zu stellen. MitarbeiterInnen der ASW werden über unsere sonstige Projekt- und Kampagnenarbeit berichten.

Wir freuen uns auf Ihre Fragen und Ihr Interesse!



ASW-Partnerin Aziza Abemba

Das Treffen findet am Samstag, den 04. Mai 2013 von 14.00 Uhr bis ca. 18.00 Uhr statt. Über den Veranstaltungsort und die genaue Tagesordnung informieren wir Sie.

Bitte melden Sie sich an bei:

ASW e.V.

z. Hd. Tobias Zollenkopf  
Potsdamer Straße 89  
10785 Berlin

per Mail: [spenden@aswnet.de](mailto:spenden@aswnet.de)  
telefonisch: 030 25940801



*miteinander –  
füreinander*

Ihr Vermächtnis für eine solidarische Welt

## Ihr Vermächtnis für eine solidarische Welt

Mit Ihrem Testament können Sie selbst bestimmen, was aus Ihrem Lebenswerk wird, welche Ideen und Werte weiterleben sollen. Ein Vermächtnis an die ASW ist wie die Saat für eine bessere Zukunft für Menschen in Afrika, Brasilien oder Indien.

Mit unserer Broschüre „miteinander-füreinander“ informieren wir Sie über Fragen des Erbrechtes und der Testamentsgestaltung. ProjektpartnerInnen der ASW berichten von ihrer Arbeit und von der Kultur des Vererbens in ihren Gemeinschaften.

Bestellen Sie unsere Broschüre kostenlos und unverbindlich bei :  
Tobias Zollenkopf, ASW e.V., Potsdamer Str. 89, 10785 Berlin  
[Tobias.Zollenkopf@aswnet.de](mailto:Tobias.Zollenkopf@aswnet.de) oder telefonisch 030/259408- 09